Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kuttner, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Nachdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Oktb. 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Marneschlacht.

SPD. Diesmal sollte der Schlag gelingen. Der Angriff war wohl vorbereitet. Jn Harzburg erfolgte am 11. Oktober unter einem Vorschussgejohle auf den Sieg der Aufmarsch. Am 16. Oktober verliess das vorher so siegessichere Heer fluchtartig das Schlachtfeld des Reichstags, nachdem der Ansturm mit einer Mehrheit von 25 Stimmen abgeschlagen war,

Die Verkünder des Dritten Reiches sind heute genau so weit wie vor acht Monaten. Wie am 10. Februar so haben sie am 16. Oktober vor ihren Gegnern die Segel gestrichen. Sie haben damit ihre Unfähigkeit, auf dem Boden des Parlaments um eine staatspolitische Jdee zu kämpfen, eingestanden. An dem grossen geistigen Ringen, das vier Tage lang im Reichstagsgebäude sich abspielte, konnten sie nicht teilnehmen. Sie haben keine staatspolitische Jdee. Sie sind die Söldlinge des Junkertums und des Schwerkapitals, die den Auftrag erhalten haben, der deutschen Arbeiterklasse die politische Gleichberechtigung und die sozialen Jnstitutionen zu rauben. Der Vorstoss ist wiederum gescheitert. Bezeichnend ist, dass sie ausgezogen aus dem Reichstag just in dem Augenblick, als es galt, Farbe zu bekennen zu der grossen Streitfrage des kollektiven Arbeitsvertrags, zu der Frage der Fürstenenteignung, zu ihrer eigenen, nun von den Kommunisten aufgenommenen Forderung der Einstellung der Youngzahlungen.

Es ging diesmal ums ganze. Nicht nur um den Sturz der Regierung Brüning handelte es sich. Der ganze Parlamentarismus, das demokratische Staatsgefüge sollte zertrümmert werden. Schon dieser Vorstoss bewies jedoch, dass der demokratische Parlamentarismus trotz der Notverordnungspolitik des letzten Jahres noch lebenskräftig existiert. Wäre er so vom Wurm zernagt wie seine Feinde ihn erscheinen lassen möchten, so hätte es des ungeheuren Ansturms nicht bedurft. Mit der Abwehr des Ansturms ist das parlamentarische Regierungssystem neu gefestigt. Und nun gilt's, den hungernden, den verzweifelnden Menschen, die die Rettung von der nationalsozialistischen Phraseologie und Demagogie erhofften, die Augen zu öffnen, damit sie das wahre Gesicht dieser Partei erkennen.

Man vergleiche einmal das dreiste, selbstbewusste, hochmütige Auftreten der Nazi draussen in ihren Versammlungen mit ihrem jammerwürdigen Verhalten im Reichstag. Den erwählten Volksvertretern wird nicht gestattet, ihren Gegnern Aug in Auge gegenüberzutreten, zu hören, was die anderen zu sagen haben, sich geistig mit ihnen zu messen. Durch die Spalten der Türen zum Sitzungssaal des Reichstags gucken sie heimlich und lauschen, bis der Zeitpunkt kommt, wo einer ihrer Befehlshaber aus dem Lager der Deutschnationalen oder der volksparteilichen Bankfürsten und Jndustriemagnaten die Tribüne besteigt, dem sie dann ihren Beifall zu spenden haben. Und das nennt sich "Arbeiterpartei"!

Mit der Niederlage und dem neuen Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstage sind sie nicht nur jeder geistigen Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen, sie haben sich zugleich gedrückt vor jeder verantwortlichen Entscheidung. Vier Wochen ernste und sachliche parlamentarische Arbeit würden ausreichen um aller Welt, auch dem Haufen nationalsozialistischer Mitläufer, die totale

geistige Hohlheit und Unehrlichkeit des Nazispuks zum Bewusstsein zu bringen. Darum lassen sie es nicht darauf ankommen, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie bekennen lieber ihren geistigen Bankrott.

Neben der Marne-Niederlage des deutschen Faschismus darf das positive Ergebnis der Reichstagsentscheidung vom 16. Oktober nicht übersehen werden. Es besteht nicht darin und kann leider nicht darin bestehen, die Krise zu beheben und alle Not sofort zu beseitigen. Aber es besteht in der Verhütung der Katastrophe. Wenn die Regierung gestürzt wäre und eine Rechtsregierung auf die Beine zu stellen versucht würde, so wären mit einem Schlag alle Fäden der internationalen Verhandlungen zerrissen, die getroffenen Kreditabmachungen schwebten in der Luft, eine neue Welle der Kreditentziehung und Kapitalflucht würde einsetzen, neue Stillegungen, gesteigerte Massenarbeitslosigkeit wären die unmittelbare Folge. Das ist vermieden worden. Nicht den Nationalsozialisten, nicht ihren Stellvertretern, wie Sollmann die Kommunisten zutreffend bezeichnete, ist das zu danken, sondern der Sozialdemokratie, die auch in dieser Situation sich als die verantwortungsbewusste Hüterin der Jnteressen des schaffenden deutschen Volkes erwiesen hat.

Wilhelm Keil.

SPD. Der Reichsminister des Jnnern hat am Sonnabend bei der braunschweigischen Regierung wegen der einseitigen Handhabung der Gesetze gegen die republikanischen Organisationen Vorstellungen erheben und den Nazi-Minister Klagges auf die Gefahren seiner einseitigen Betätigung hinweisen lassen. Die Vorstellungen wurden über die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin erhoben.

SPD. Braunschweig, 17. Okt. (Eig.Drahtb.)

Die Reichstagung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Braunschweig hat bereits am Sonnabend zu zahlreichen blutigen Zusammenstössen Veranlassung gegeben. Ein Rentner Bitterlich erhielt einen Schuss in den Oberschenkel, ein Nationalsozialist aus Barmen erhielt bei einer Schlägerei einen Bauchstich.

Jn den dunklen Strassen der Arbeiterviertel riefen Nazis: "Fenster zu, Strasse frei!" Wo dem nicht sofort Folge geleistet, wurden Knüppel, Steine und Bierflaschen in die Fenster geworfen.

SPD. Weiteste Volkskreise betrachten die Kürzung der hohen Pensionen und Gehälter, die die Reichsregierung in der letzten Notverordnung vorgenommen hat, als unzulänglich. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb eine wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung beantragt und zwar 1) Kürzung sämtlicher Pensionen auf höchstens 12 000 Mark und 2) Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 Mark auf die Pensionen, wobei die Pension um 50 Prozent des überschiessenden Betrages gekürzt wird. Damit werden die Doppelverdiener unter den Grosspensionären empfindlich getroffen, während gleichzeitig die kleinen Pensionen geschont werden.

Da alle Anträge auf Abänderung der Notverordnung dem Haushaltsausschuss des Reichstags überwiesen und nicht in direkter Abstimmung erledigt wurden, hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstags ersucht, die Anträge auf Pensionskürzung und den dazu gehörenden seit langer Zeit vorliegenden Gesetzentwurf der Reichsregierung als ersten Punkt für eine baldigst stattfindende Sitzung des Haushaltsausschusses in Aussicht zu nehmen.

SPD. Wien, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Aus Marburg wird berichtet, dass der Heimwehr-Putschist Pfriemer in diesen Tagen nach München reisen wird. Angeblich will er sich dort niederlassen.

SPD. Unter der Fülle der Anträge, die die Kommunisten im Reichstag gestellt hatten, befand sich auch ein Antrag, der die Reichsregierung ersuchte, sofort den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen. Für diesen Antrag stimmten unter der Führung des Abgeordneten Ströbel auch die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei. Als sie später auf das Widerspruchsvolle ihrer Abstimmung aufmerksam gemacht wurden, entschuldigten sie sich mit dem Hinweis, sie hätten nicht gewusst, über was abgestimmt worden sei.

Dieser Einwand ist sehr glaubhaft. Denn von Ströbel, dem Vorstandsmitglied der Friedensgesellschaft, kann man nicht gut annehmen, dass er in dieser Eigenschaft für den Völkerbund und als Abgeordneter der Sozialistischer Arbeiterpart gegen den Völkerbund ist. Immerhin ist der Vorgang ausserordentlich bezeichnend. Aus Mangel an eigener Kenntnis betrachten sich nämlich die sechs Mitglieder dieser neuen Partei in Vorahnung ihrer zukünftigen Rolle lediglich als Anhängsel der Kommunisten. Jedesmal, wenn die Kommunisten sich von ihren Plätzen erhoben, folgten sie ihnen, jedesmal, wenn die Kommunisten sitzen blieben, taten sie das gleiche. Vielleicht ist ihnen die unabsichtliche Enthüllung ihrer parlamentarischen Hilflosigkeit mindestens eine Mahnung zu grösserer Vorsicht in der Zukunft

---

SPD. Köln, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Vom erweiterten Schöffengericht in Köln wurde der 43 jährige Nazimann Friedrich Bautz wegen Beleidigung des preussischen Innenministers Severing zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Bautz hatte am 31. Oktober 1930 in einer Wirtschaft in Nordhausen in Gesellschaft mehrerer Nazis von dem "Schlosser Severing, dem Raubmörder" gesprochen, der "wieder Minister geworden sei". Bautz ist bereits sechsmal vorbestraft und wird zurzeit von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht. Allein in Berlin wird er sich demnächst wegen fünf Betrügereien zu verantworten haben.

SPD. Stuttgart, 31. Okt. (Eig.Drahtb.)

Das Stuttgarter Kommunistenblatt teilt am Sonnabend mit, dass die SA und die SS bei den Nazis wie vor dem Hitlerputsch im Jahre 1923 in Regimenter und Divisionen eingeteilt würden. Die Nazi-Regimenten erhielten jene Nummern, die an den betreffenden Standorten für die Truppenteile des alten Heeres gegolten hätten. In Stuttgart gibt es jetzt das Regiment Nr.119. Gleichzeitig sei man dabei, die Möglichkeit eines Alarms für das ganze Regiment zu schaffen. Jeder SA-Mann sei verpflichtet, seine genaue Adresse anzugeben, damit Kuriere beim Alarm nicht erst in der Nachbarschaft herumzufragen brauchten. Zu diesem Zweck müsse jeder einen Hausschlüssel abliefern.

Ab Donnerstag, so schreibt das kommunistische Blatt schliesslich noch, sei alles alarmbereit.

SPD. Genf, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die polnischen Rüstungsangaben für die Abrüstungskonferenz beginnen mit einer langen Schilderung der Notwendigkeit vorheriger Sicherheit für Polens Grenzen, ehe eine wirksame Abrüstung erfolgen könne. Das Landheer wird mit 323 000 Mann und 18 000 Offizieren angegeben, wozu noch 100 818 Mann und 2 028 Offiziere der beiden militärischen Grenzschutzformationen und der Polizei kommen. Die

Garde umfasst 4 310 Mann und 275 Offiziere, die Luftstreitkräfte beziffern sich auf 10 334 Mann. Militärisch organisierte Luftformationen werden als fehlend gemeldet.

Polens Flotte besteht aus 2 Zerstörern mit zusammen 3 080 Tonnen und 3 Unterseebooten mit zusammen 940 Tonnen. Sie umfasst also offiziell insgesamt 6 020 Tonnen. Weitere 28 bewaffnete Hilfsschiffe mit zusammen 11 955 Tonnen sowie ein Schulschiff von 8000 Tonnen fallen nicht unter die Vorschriften der Tabelle der Vorbereitenden Abrüstungskonvention. Die Luftflotte besteht aus 700 Kriegsflugzeugen mit einer Gesamtmotorenstärke von 262 290 PS. Insgesamt gibt Polen für Rüstungen jährlich 1,05 Milliarden Sloty oder 555,5 Millionen Reichsmark aus.

SPD. Stuttgart, 31. Okt. (Eig.Drahtb.)

Das württembergische Staatsministerium hat am Sonnabend eine Sonder-Notverordnung erlassen, die das württembergische Landestheater betrifft. Dadurch wird das Kultusministerium ermächtigt, im Benehmen mit dem Finanzministerium die Bezüge des Personals des württembergischen Landestheaters sowie auch die Versorgungsbezüge mit Rückwirkung vom 1. Oktober ab über die Beträge hinaus zu kürzen, die sich aus den früheren Notverordnungen ergeben, ferner Gagen und Gehälter sobald als möglich durch neue Richtlinien und Besoldungsordnungen zu regeln. Damit sind praktisch alle Verträge, die Einzelverträge der solistisch tätigen Künstler sowie die Kollektivverträge von Chor und Orchester, ausser Kraft gesetzt. Das Ministerium kann die Bezüge ohne Zustimmung des Vertragspartners nach seinem Ermessen neu festsetzen.

SPD. Das Reichskabinett bestellte die nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten zu Vertretern der deutschen Regierung in der Gemischt Deutsch-Französischen Wirtschaftskommission, deren Einsetzung gelegentlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden war:

Ministerialdirektor Ritter, Auswärtiges Amt; Ministerialdirektor Ernst, Reichsfinanzministerium; Ministerialdirektor Posse, Reichswirtschaftsministerium; Ministerialdirektor Sitzler, Reichsarbeitsministerium; Ministerialdirigent Koenigs, Reichsverkehrsministerium; Ministerialdirektor Streil, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Den Vorsitz auf deutscher Seite hat der derzeitige Leiter des Auswärtigen Amts, Reichskanzler Dr. Brüning, übernommen und als seinen ständigen Vertreter den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bestimmt. Zum deutschen Generalsekretär ist Ministerialdirektor Ritter bestellt worden.

Ausser den ausgeführten Regierungsvertretern werden Vertreter der verschiedenen Zweige der Wirtschaft und der Arbeitnehmer als Sachverständige zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission geladen werden. Die Namen dieser Sachverständigen werden demnächst veröffentlicht werden.

SPD. Köln, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Stahlwerke in Wissen a.Sieg haben am Sonnabend von 1000 gekündigten Arbeitern 800 entlassen. Die restlichen 200 Arbeiter werden ebenfalls nur noch kurze Zeit beschäftigt werden.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Das Aushängen von Hakenkreuz- und Sowjetfahnen aus den Verkehrslokalen von Anhängern der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei hat wiederholt Anlass zu Zusammenstössen zwischen politischen Gegnern und zu Gewalttätigkeiten und damit zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben. Auf Grund des § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 wird verboten, Schankstätten durch das öffentliche Aushängen von Parteifahnen als Verkehrslokale oder Sammelstätten politischer Parteien nach aussen hin kenntlich zu machen.

SPD. Hamburg, 17. Okt. (Eig.Drahtb.)

Die Meuterei auf den deutschen Schiffen in Leningrad ist von den kommunistischen Drahtziehern am Sonnabend vormittag abgeblasen worden. Die Arbeit soll allgemein wieder aufgenommen worden sein.

SPD. Paris, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die seit einigen Tagen in Amerika weilenden Vertreter der Bank von Frankreich, Farnier und Lacour-Gayet, haben mit der Federal Reserve-Bank ein Abkommen über das Dollarguthaben der französischen Notenbank in Amerika abgeschlossen. Auf Grund dieses Abkommens soll die Bank von Frankreich der Federal Reserve-Bank ihr Depot von 200 bis 300 Millionen Dollar zur freien Verfügung lassen unter der Bedingung, dass Goldbarren im Betrage von 200 Millionen Dollar auf den Namen der Bank von Frankreich hinterlegt werden. Als Gegenleistung soll sich die Federal Reserve-Bank verpflichten, ihren Diskontsatz auf 4 oder 5 Prozent zu erhöhen und nur erstklassige Handelswechsel anzunehmen, um ihren Goldbestand besser zu schützen.

SPD. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuss des Reichstags hielt am 15. Oktober eine Sitzung ab, die sich mit Eingaben von Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und Kriegereltern beschäftigte.

Der Vorsitzende, Abg. Mumm (Chr.Soz.Volksdienst) machte die sensationelle Mitteilung, dass zahlreiche Petitionen von hilfesuchenden Kriegsopfern, die er den Mitgliedern der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion zugeleitet habe, von diesen Herren unerledigt an das Büro des Reichstages zurück gegeben worden seien. Er sei deshalb zu seinem lebhaften Bedauern genötigt, diejenigen Mitglieder des Ausschusses, die sich ihrer parlamentarischen Pflicht nicht entzögen, in erheblich grösserem Umfange als zu normalen Zeiten mit der Bearbeitung der Eingaben zu betrauen. Er bitte das zu entschuldigen. Zugleich sprach er sein Bedauern darüber aus, dass durch diese Ueberlastung der einzelnen Abgeordneten Verzögerungen in der Erledigung der Wünsche der Kriegsopfer oft unvermeidlich seien. Zur Abwendung von schweren Nachteilen legte er den Mitgliedern des Ausschusses nahe, in dringenden Fällen sich nach Kenntnis von dem Inhalt der Petition evtl. persönlich mit den Petenten und mit dem zuständigen Ministerium in Verbindung zu setzen.

Im Laufe der Sitzung kam der Abg. Schmidt (Chr.Soz.Volksdienst) auf die Erklärung des Vorsitzenden zurück und teilte mit, dass in seinem Wahlkreis nationalsozialistische Agitatoren mit der Behauptung aufgetreten seien, dass die gegen ihre Abgeordneten erhobenen Beschuldigungen, sie entzögen sich selbst der Arbeit für die Kriegsopfer, nicht richtig seien, denn sie arbeiteten an diesen Fragen im Parlament mit. Er bitte daher den Vorsitzenden um eine kurze Darstellung des wahren Sachverhalts und um Schritte beim Präsidenten, damit dieser die Abgeordneten an ihre Pflicht erinnere.

Vorsitzender Abg. Mumm teilt mit, dass er sich schriftlich und mündlich wiederholt Mühe gegeben habe, die deutschnationalen und nationalsozialistischen

Mitglieder des Reichstags an die Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber den Kriegsopfern zu erinnern, ohne Rücksicht auf die politischen Erwägungen, die für ihr sonstiges Verhalten massgebend seien, denn bei den Kriegsopferfragen handele es sich vielfach um Dinge, bei denen die parteipolitischen Differenzen nicht im Vordergrunde stünden und von den Mitgliedern des Hauses im Jnteresse der Sache der Kriegsopfer vielfach auch zurückgestellt worden seien. Er habe leider mit seinen Bemühungen keinen Erfolg gehabt. Weitere Mittel stünden ihm nicht zur Verfügung. Er glaube, dass auch ein Schritt beim Präsidenten nicht zum Erfolge führen werde, obwohl er eine solche Vorstellung gern machen wolle. Nachdem durch die Ueberweisung von Petitionen an Mitglieder der genannten Fraktionen nur die Gefahr bestehe, dass die Erledigung zum Nachteil der Kriegsopfer verzögert werde, nehme er bis auf weiteres davon Abstand, eine weitere Petition zur Bearbeitung zu überweisen.

Abg. Rossmann (Soz.) bezeichnet es als ein Musterbeispiel von Heuchelei, wenn der Abg. Oberfohren (Dtn.) als einer der Führer der nationalen Opposition im Plenum des Reichstages grosse Töne zugunsten der angeblich von ihm bedauerten Kriegsopfer redet, während seine Parteifreunde und die nationalsozialistischen Bundesgenossen der Deutschnationalen sich im Krirgsbeschädigten-Ausschuss der praktischen Hilfe für die Opfer des Krieges entzögen. Dieses Verhalten sei auch in einer anderen Richtung sehr merkwürdig. Er, der Redner, wisse als Mitglied des Beamten-Ausschusses, dass die Mitglieder der deutschnationalen Fraktion im Beamten-Ausschuss ihre Obstruktion ausgegeben und sich an der Erledigung der Eingaben von Beamten und Beamtenverbänden in der vergangenen Woche beteiligt hätten. Jm Jnteresse der Beamten begrüsse er jede sachliche Arbeit, aber offenbar lägen der nationalen Opposition die Jnteressen der Kriegsopfer viel weniger am Herzen. Man dürfe versichert sein, dass dieses Verhalten den Kriegsopfern nicht entgehe und von ihnan auch entsprechend gewertet werde.

Auf Vorschlag des Abg. Rossmann erklärte sich der Ausschuss damit einverstanden, dass der Vorsitzende Vorkehrungen trifft, damit noch im Laufe des Herbstes die mit der Notverordnung zusammenhängenden Kriegsopferfragen im Ausschuss einer Erörterung unterzogen werden. Jnzwischen sind die im Plenum des Reichstags vorliegenden Anträge dem Kriegsbeschädigten-Ausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen worden.

SPD. Genf, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Aus China wird gemeldet, dass die Japaner zurzeit einen grossen Militärflugplatz bei Peihotawan westlich der Eisenbahnzone bauen. Täglich würden bei Erkundungsflügen Bomben abgeworfen.

Jn einem blutigen Gefecht zwischen chinesischen Truppen Tschang-Hsudiangs und mongolischen Räubern haben 6 japanische Flugzeuge die Mongolen unterstützt und zahlreiche Bomben auf die chinesischen Truppen abgeworfen. Man befürchtet weitere Angriffe der Mongolen mit japanischen Flugzeugen. Entgegen den japanischen Meldungen, die von einer Beruhigung sprechen, herrscht in der Südmandschre eine allgemeine Verwirrung aus Angst vor Fliegerangriffen. Die Bevölkerung hat teilweise ihre Wohnungen verlassen und Unterstände eingerichtet.

SPD. Budapest, 17. Okt. (Eig.Drahtb.)

Unter dem Druck der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Ungarns hat die Regierung eine Notverordnung herausgegeben, die bestimmt, dass Mietzinsforderungen unter Umständen herabgesetzt und Zwangsversteigerungen aufgeschoben werden können. Es wird ferner ein Landessenat für das Kreditwesen eingesetzt. Die Aufgabe dieses Senats soll, wie die Blätter berichten, die Vorbereitung eines allgemeinen Moratoriums sein.

SPD. Genf, 17. Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hielt am Sonnabend zwei Geheimsitzungen ab. Abends wurde darüber ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heisst:

"Die Ratsmitglieder haben im Verlauf des Tages unter Ausschluss der beiden Parteien die Untersuchung des chinesisch-japanischen Konfliktes fortgesetzt und die Vorschläge besprochen, die den beiden Parteien gemacht werden könnten. Darüber hinaus haben diejenigen Mitglieder des Rates, welche Unterzeichner des Kellogg-Paktes sind, sich darüber geeinigt, dass ihre Regierungen diejenigen von Nanking und Tokio auf die Beachtung der Verpflichtungen aufmerksam machen sollen die sie auf Grund des Artikels 2 des Kellogg-Paktes eingegangen sind. Der Text lautet: Die Vertragsparteien erkennen an, dass die Regelung oder Lösung jeder Art von Differenzen zwischen ihnen immer nur durch friedliche Mittel gesucht werden darf."

SPD. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags beschloss am Sonnabend, die Beratungen über die Reform des Strafrechts am 12. Januar 1932 wieder aufzunehmen Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen fehlten.

Reichsjustizminister Joel erklärte, er hoffe, dass der Ausschuss sich das Gesetz des Handelns nicht von der "nationalen Opposition" vorschreiben lasse, sondern alles tun werde, um die Reformarbeit zu fördern. Wenn die Reform nicht bald zuwege komme, werde man auf den Weg der Novellengesetzgebung gedrängt. Der Reichstag habe die Pflicht, das Strafgesetz und auch die anderen grossen Gesetzesänderungen parlamentarisch zu erledigen. Er sei entschiedener Gegner einer organischen Gesetzgebung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Er habe es deswegen auch abgelehnt, die Gesamtreform des Aktienrechts mit dem Artikel 48 durchzuführen.

Die Kommunisten erklärten, dass sie kein Interesse an der Erledigung des Entwurfs haben; ihnen ist das geltende Strafrecht, das aus dem Jahre 1851 stammt offenbar lieber als eine Reform.

SPD. Essen, 17. Okt. (Eig.Drahtb.)

Der Zechenverband hat am Sonnabend den Lohntarif für den Ruhrbergbau gekündigt. Durch Notverordnung war die Laufdauer des Schiedsspruches mit 6 wöchigere Kündigungsfrist verkürzt worden und zwar bis zum 30. November.

SPD. Bukarest, 17. Okt. (Eig.Drahtb.)

Die gegen 6000 Arbeiter zählende Belegschaft der grossen Eisenwerke A.G. in Reschitza (Siebenbürgen), an denen auch der rumänische Staat stark beteiligt ist ist in Streik getreten, weil sie seit zwei Monaten keinen Lohn mehr erhalten hat Die von der Firma zu leistende rückständige Lohnsumme beträgt mehrere Millionen Mark. Wenn die Verzweiflung und der Groll der Arbeiter nicht schon früher ausgebrochen ist, so erklärt sich das aus der Gefahr des Abbaues, die seit Wochen über ihnen schwebt.

Die der Petroschani A.G. gehörenden Kohlenzechen in Vulkany (im Siebenbürger Schyltale) sind dieser Tage stillgelegt worden. Bisher sind über 3000 Bergarbeiter entlassen worden; 4000, die noch mit Stillegungsarbeiten beschäftigt werden, ist zum 1. November gekündigt worden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören am Montag vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Aus aller Welt

Millionenschaden durch Rattenfrass!

Der ewige Krieg gegen Fliegen, Wanzen und Ratten.

SPD. Die Ungezieferplage - eine Gefahr für die Volksgesundheit! Unter diesem Schlagwort hat in den letzten Jahren eine umfangreiche und planmässige Bekämpfung der Schädlinge eingesetzt. Mit Giften und Gasen, mit Bakterien, Fallen und Haustieren rückt der Mensch dem vielgestaltigen Gewimmel des Ungeziefers zuleibe. Er vernichtet seine Brut. Er vergast seine ekelerregenden Schlupfwinkel. Er entzieht ihm durch hygienische Massnahmen den Nährboden. Er kämpft mit den modernsten Mitteln, die ihm die Chemie zur Verfügung stellt, ohne bisher eine wesentliche Minderung der Schädlingsplagen, die, so grotesk es auch klinger mag, eine Folge des Fortschrittes menschlicher Kultur sind, erreicht zu haben. Denn den menschlichen Vernichtungswillen pariert das Ungeziefer mit der beispiellosen Vermehrungsfähigkeit der niederen Tiere. Man ahnt nicht den ganzen Umfang der Schädlingsplagen in den menschenüberfüllten Siedlungen unserer Grossstadt. In einigen Städten sind 80 % aller Häuser verwanzt. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren vermehrten sich die Ratten derart, dass in den meisten Ländern Europas Gesetze zu ihrer Vernichtung erlassen werden mussten. Allein in Deutschland beträgt der Gesamtjahresschaden durch Rattenfrass viele Millionen Goldmark. In Backstuben, Brauereien und Küchen nisten die Heere der Schwaben, die Träger von Pest- und Tuberkuloseerreger. Im Sommer machen uns die Schwärme der Stechmücken und die Stubenfliegen das Dasein lästig. Kurz, von allen Seiten überfällt uns das Ungeziefer.

Der Herr der Ratten....: Professor Wilhelmi.

Die grösste Zentralstelle, die in Deutschland zur Bekämpfung des Ungeziefers eingerichtet wurde, ist als zoologische Abteilung der preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene angegliedert. In der Villenvorstadt Berlin-Dahlem liegt das grosse Gebäude der Landesanstalt, in dessen Kellerräume die Laboratorien der Ungeziefer-Zentralstelle untergebracht sind. Wir sprechen zunächst mit ihrem Direktor, Prof. Dr. Wilhelmi. Er erzählt von den Aufgaben des Institutes: "In erster Linie beschäftigen wir uns mit der Schädlingsbekämpfung. Wir studieren die Lebensvorgänge und Lebensbedingungen der Parasiten und schaffen damit die Grundlage für ihre erfolgreiche Bekämpfung in der Praxis. Wir prüfen weiter Apparate, Mittel und Verfahren der Ungeziefervernichtung, erteilen Gutachten und geben Ratschläge an Private und Gemeinden."

Wir gehen durch die einzelnen Räume. In grossen Zuchtkästen wimmelt es von Schwaben. Mücken kleben an den gläsernen Wänden eines Aquariums, ihre Larven strudeln im Wasser. In kleinen Glasschalen sieht man das braun-rote Gewimmel der Bettwanzen, die gefürchteten Parasiten der Mietkasernen. Das Ungeziefer, das sonst im Schutze der Dunkelheit den Menschen überfällt, ist hier den scharfen, kontrollierenden Augen der Wissenschaft ausgesetzt, die die besten und sichersten Mittel und Wege zu seiner Vernichtung ausprobiert.

Der Hauptfeind: Die Wanze.

Den breitesten Raum in der Bekämpfung nimmt zurzeit die Wanzen- und Rattenplage ein. Besonders die Wanzen haben in den letzten Jahren eine unheuerliche Massenverbreitung erfahren. Die Fachleute nehmen an, dass die fortwährenden Truppenverschiebungen, die häufigen Einquartierungen im Kriege und die grosse Wohnungsnot der Nachkriegszeit die Ausbreitung der Wanzen begünstigt haben. Aber während man einer andern Kriegsplage, der Kleiderläuse, ziemlich rasch

Herr werden konnte, ist vorläufig in der Bekämpfung der Wanze noch kein sichtbarer Erfolg erreicht worden. Es gibt hunderte von Mitteln, es gibt sogar Wanzen"fallen", das sicherste Mittel aber ist nur eine gründliche Vergasung de Wohnung, die die Wanze in ihren Schlupfwinkeln tötet. Nach den Versuchen der Zentralstelle empfiehlt sich Schwefeldioxyd, auch Chlorpikrin;während bei der Entwanzung unbewohnter Häuser eine Durchgasung mit Blausäure das Wirksamste ist. Alle andern Insektenpulver und Spritmittel haben sich bei der Raumentwanzung als ungenügend erwiesen.Trotzdem ist der Kampf gegen diese lästigen Blutsauger durch ihre Lebensweise äusserst erschwert. Sie ertragen Hitze und Kälte, können monatelang hungern, wandern von einer Wohnung zur andern und leben so versteckt,dass die Verwanzung einer Wohnung meist immer erst zu spät entdeckt wird.

Zum Trost aber sind dafür die Flöhe im Aussterben. Man vermutet,dass unter den Flöhen eine Epidemie, eine Art Flohgrippe, ausgebrochen sei und sie dezimiert habe. Andererseits aber ist wohl. auch das grosse Flohsterben auf die fortgeschrittene Wohnungshygiene zurückzuführen. Das goldene Zeitalter der Flöhe in der Aera der Plüschgarnituren ist vorüber.

Blick in den Rattenzwinger.

Draussen im Hofe ist der Rattenzwinger. Im Stallraum raschelt es in der Wand in kleinen Käfigen: die Versuchstiere. Zahme weisse Ratten,die dunklen Hausratten. In einem andern Käfig - ein gelber, unruhiger Klumpen,ein Nest Wanderratten. Das sind die gefährlichsten unter den Nagern. Sie fallen Haustiere an, Kinder in der Wiege. "Aus Paris", sagt unser Führer, "ist ein Fall bekannt, da haben sie sogar einen Betrunkenen zerfleischt". Er zeigt auf eine Bisswunde an seiner linken Hand, "sie beissen sich gleich tief ins Fleisch. Hier im Institut probieren wir an eingefangenen Wildratten die verschiedensten Gift=Präparate aus". Er führt uns in einen andern Raum. Viele kleine Kasten stehen dah, und in jedem hockt eine Ratte. "Die haben alle Gift erhalten" Eine windet sich hilflos in Krämpfen. Es sieht scheusslich aus. Man bekommt Mitleid mit der armen Kreatur. Aber diese Versuche müssen gemacht werden,um das beste und sicherste Gift zu finden. "Wie bekämpft man die Ratten?" -"Es kommt auf den Ort an: In Speichern und Schiffen mit Gas - Schwefeldioxyd und Kohlenoxyd. Im Freien mit Räucherpatronen. In Wohnhäusern durch Fallen,Hunde, Katzen,Giftköder - die rote Meerzwiebel wird in letzter Zeit viel angewendet, sie ist auch für Menschen und Haustiere ungefährlich. Bei den Starkgiften wie Atsenik, Fluorpräparaten und Strychnin ist äusserste Vorsicht bei der Auslegung notwendig. Auch ist der Arsenik= und Strychnintod so qualvoll,dass man ihm selbst den Schädlingen ersparen sollte. Seit Jahren hat man auch versucht, Mit Bakterien, Rattentyphuserregern, ganze Bauten und Nistplätze zu verseuchen. Aber es hat sich herausgestellt,dass die von den Ratten verschleppten Bakterien als Fleischvergifter den Menschen ausserordentlich gefährlich werden und selbst Todesfälle herbeiführen können. Es sind deshalb von der Regierung stark einschränkende Bestimmungen für die Verwendung von Bakterienkulturen erlassen worden. Ueberhaupt ist eine Einzelbekämpfung kaum wirkungsvoll; nur ein planvoll angelegtes Vorgehen - wie die Rattenvertilgungstage für ganze Städte und Länder unter Aufsicht der Polizei - führt zum Erfolg.

+

Der Laie ahnt nicht die Höhe des wirtschaftlichen Schadens, den die Ratten der Menschheit zufügen. In Amerika, das besondere Sicherheitsmassnahmen gegen Rattenzulauf eingeführt hat, "Ratproofings", schätzt man die Zahl der Ratten auf eine Million. Welche Bedeutung der Rattenbekämpfung zugemesseen wird,beweist die Tatsache,dass 1928 in Paris ein internationaler Rattenvertilgungskongress stattfand.- In der "Zentralstelle" laufen tagtäglich Anfragen ein, Ein Kurort holt sich Rat zur Bekämpfung von Stechmücken.Ein neues "Radikal"=Mittel gegen Wanzen soll untersucht werden.Gutachten werden für Prozesse, Unterlagen für die Gesundheitspolizei verlangt.Kurz:der Kleinkrieg gegen das Ungeziefer macht viel Arbeit.Es ist ein wichtiger,ein notwendiger Krieg. P.

+ + +

Matuschka Alleintäter. Der ungarische Eisenbahnattentäter Matuschka hat nach eingehendem Verhör vor der Wiener Kriminalpolizei ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Hiernach hat Matuschka ausser den Attentaten von Bia Torbagy und Jüterbog auch die beiden missglückten Attentate auf der österreichischen Westbahnstrecke bei Ansbach im Dezember 1930 und im Januar 1931 begangen.

Zur Vorgeschichte des Attentats von Jüterbog sagte Matuschka aus, dass er schon im April 1931 eine Reise nach Berlin unternommen habe, um dort ein Attentat auszuführen. Damals habe er sich einen Schweissapparat gekauft und bei Jüterbog in einem Gebüsch versteckt. Da er sich aber bei Versuchen mit dem Schweissapparat verletzt habe, habe er ihn wieder verkauft. Er habe sich dann Ekrasit verschafft, das er bei den Attentaten von Jüterbog und Bia Torbagy verwandte.

Sämtliche Attentate will Matuschka allein und ohne Mithelfer begangen haben. Den angeblichen Anstifter Dr.Bergmann erklärte Matuschka als eine freie Erfindung. Er gesteht auch, dass er noch drei Attentate geplant habe, zu deren Durchführung er bereits einen Schweissapparat gekauft haben will. Diese Attentate wollte er in der Höhe von Amsterdam, weiter auf der Strecke Paris-Marseille und bei Ventimiglia in Italien begehen.

Auf die Frage nach den Motiven macht Matuschka Angaben, die sich als ein Gemisch von Weltverbesserungsideen und überspitztem Geltungstrieb darstellen. U.a. erzählt er, dass er früher einmal ein Gelöbnis für eine grosse Spende abgelegt habe, das er aber infolge seiner misslichen finanziellen Lage nicht erfüllen konnte. Als Busse für die Nichterfüllung habe er etwas begehen wollen, was Millionen von Menschen aufrütteln würde. Er hätte seine Attentate in ganz Europa begehen wollen, damit ganz Europa von seinen Taten spreche. Interessant ist auch die Feststellung der Polizei, dass Matuschka Weihnachten 1930 eine 191 Kilo schwere Kiste mit Heiligen-Figuren nach seiner jugloslawischen Heimatstadt geschickt hat; die Figuren waren von ihm als Kirchenspenden bestimmt.

Matuschka wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen dem österreichischen Landesgericht ausgeliefert werden. Man hält es auch nicht für ausgeschlossen, dass er die Angaben über die Attentate in Oesterreich deshalb gemacht hat, um in Oesterreich abgeurteilt zu werden.

\+ + +

Ein nachlässiger Toter. In Paris verstarb im Mai ds.Js. ein versicherungspflichtiger Angestellter. Als dessen Ehefrau bei der Sozialversicherung die Ueberweisung des Sterbegeldes erbat, erhielt sie ein Schreiben, in dem der verstorbene Gatte aufgefordert wurde, sich sofort beim Kassenarzt zu melden; der Tote sollte untersucht werden. Als der Verstorbene der Aufforderung nicht nachkam, trafen in regelmässigen Abständen noch vier weitere Schreiben in dem gleichen Sinne ein. Der Amtsschimmel leistet sich auch in Frankreich seltsame Scherze.

\+ + +

Haftbefehl gegen Ehrenfest. Die Wiener Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Direktor der Oesterreichischen Credit-Anstalt und Mitbegründer der Amstelbank, Fritz Ehrenfest, Haftbefehl erlassen. Ehrenfest, der des Betruges beschuldigt wird, soll sich angeblich in Paris aufhalten. Sein im wesentlichen aus Inflationsgewinnen stammendes Vermögen wird auf 2 Millionen Dollar geschätzt.

\+ + +

Kindesleiche im Einmachglas. In Warschau wurde von der Polizei eine Frau festgestellt, die seit 4 Jahren die Leiche eines von ihr geborenen Kindes in einem mit Formalin gefüllten Einmacheglas aufbewahrte. Wie ihre 10jährige Tochter erzählte, nahm die Mutter allnächtlich das Glas hervor und sah stundenlang bewegungslos auf das Kind im Glase. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche, um die Todesursache feststellen zu lassen.

Wirtschaft Technik Gewerkschaft

Geschoss der Harzburger.

Devisenabflüsse und Notenhamsterei - Die Reichsbank beurteilt die Lage ernst, aber ruhig.

SPD. Die Notendeckung der Reichsbank ist in der zweiten Oktoberwoche von 30,1 Prozent auf 28,6 Prozent gesunken. Damit hängt eine Verringerung der Gold- und Devisenbestände um 66,7 Millionen Mark auf 1 294,1 Millionen Mark zusammen. Entgegen der sonstigen Bewegung hat sich auch der Notenumlauf vermehrt und zwar um 4,8 Millionen Mark auf 4 952,5 Millionen Mark. Binnen Monatsfrist ist eine Steigerung des Notenumlaufs von 4 662 Millionen Mark auf 4 942,5 Millionen Mark eingetreten. Wir sind geneigt, den Notenumlauf z.T. auf eine vermehrte Notenhamsterei zurückzuführen. Nach der Tagung der Inflationsfront in Bad Harzburg und der in ihren Auswirkungen durchaus inflationistischen Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hat eine stärkere Abhebung von Guthaben bei den Banken, Sparkassen usw. eingesetzt. Die politische Ungewissheit in der zweiten Oktoberwoche, die Aussicht, dass Deutschland eine Regierung Hugenberg-Hitler bekommen könnte, hat diese Abhebungen verstärkt. Das Geld ist in den Strumpf gewandert und ist somit für unsere Wirtschaft für's erste verlore. Erst mit der Klärung der politischen Lage am Schluss der verflossenen Woche ist eine Beruhigung eingetreten.

Trotz der Massnahmen in Deutschland - u.a. haben Banken und Bankiers den Beschluss gefasst, Auslandsaufträge auf Verkauf von deutschen Wertpapieren nicht mehr auszuführen - sind weiter Gold und Devisen abgezogen worden. Es ist bekannt, dass es sich hier zu einem Teil um ausgesprochene Kapitalflucht handelt. Pfuschmakler suchen gemeinsam mit seriösen Wirtschaftskreisen Hintertreppen, um deutsche Wertpapiere zu verramschen, die Erlöse in Valuta umzuwandeln und nach dem Ausland zu verschieben. Immerhin waren die Devisenanforderungen bei der Reichsbank in den ersten Tagen der zweiten Oktoberwoche verhältnismässig gering. Sie verstärkten sich besonders an den beiden letzten Tagen der Woche. Der stärkere Bedarf an Devisen in den letzten Tagen der zweiten Oktoberwoche hängt aber bereits mit dem Stillhalteabkommen von Basel zusammen. Nach diesen Abmachungen sind solche Guthaben, die Ausländer in Deutschland unterhalten, in Raten freizugeben. Die zweite Rate war Mitte Oktober fällig und zwar waren am 15. Oktober 15 Prozent der ausländischen Markguthaben abzuführen. Andererseits hält die Ausweitung des Reichsbankkredits an. In der zweiten Woche des Monats tritt gewöhnlich ein Rückgang des von der Reichsbank gewährten Kredits ein. Diesesmal ist das, wie auch schon bereits im Monat September, nicht der Fall. Der gesamte Kredit der Reichsbank hat sich weiter erhöht und zwar um 136,4 Millionen Mark auf 4 135,4 Millionen Mark. Der grösste Teil des Kredits ist über Wechselkredite gewährt worden; die Bestände an Handelswechseln und Schecks erhöhten sich um 138,6 Millionen Mark auf 3 826,7 Millionen Mark. Dass aufgrund der Abmachungen mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen, die eine vermehrte Lombardierungsmöglichkeit vorsehen, der Lombardkredit steigen musste, war vorauszusehen. Er erhöhte sich um 35,3 Millionen Mark auf 202,9 Millionen Mark. Der durch Ankauf von Reichsschatzwechseln gewährte Kredit ist dagegen um 37,5 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark abgebaut worden. Die Ausweitung des Wechselkredits dürfte wohl in der Hauptsache auf grössere Ansprüche der

der Sparkassen zurückzuführen sein. Hier haben ja die Abhebungen der Kundschaft immer angehalten. Eine Steigerung der Abhebungen ist, wie bereits bemerkt, nach der Tagung der nationalen Inflationsfront in Marzburg eingetreten.

Die Entwicklung bei der Reichsbank ist also auch in der zweiten Oktoberwoche alles andere als erfreulich. Wie wir hierzu erfahren, wird aber die Situation von der Reichsbankleitung durchaus ruhig beurteilt. Bei der angespannten Kreditlage ist es natürlich, dass nicht der gesamte Wechselbestand aus reinen Handelswechseln bestehen kann. Die Schwierigkeiten, die für die Sparkassen in einer Mobilisierung ihrer Vermögenswerte bestehen, haben selbstverständlich auch im Oktober zu Rückgriffen auf die Reichsbank geführt, wobei es jedoch keinem Zweifel unterliegt, dass die Sparkassenwechsel als gutes Material anzusprechen sind. Berücksichtigt man alle Ansprüche, die in dieser angespannten Kreditsituation an die Reichsbank als letzte Liquiditätsquelle der Wirtschaft gerichtet waren, so kann man von dem gesamten Wechselmaterial knapp ein Drittel als keine Handelswechsel ansprechen. Bei anderen Notenbanken liegen die Dinge weniger günstig. Die Reichsbank hat auch alle Vorkehrungen getroffen, um von diesen Positionen wieder herunterzukommen. Wenn sich bei dem Sparkassenpublikum eine weitere Beruhigung durchsetzt, was nach der Klärung der politischen Lage zu erwarten ist, so werden sich diese Positionen in absehbarer Zeit lösen lassen.

Die scharfe Anspannung der Devisenlage seit dem September macht einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung seit der Julikrise erforderlich. Am 15. Juli betrug der Gold- und Devisenbestand 1 480 Millionen, um infolge der getroffenen Abwehrmassnahmen bis Anfang September bis auf 1 780 Millionen zu steigen. Es folgte dann die Börsenöffnung mit den starken ausländischen Effektenverkäufen und die deutsche Kapitalflucht durch Effektenverkäufe über das Ausland, sodass die Devisenbestände in der dritten Septemberwoche wieder auf 1 670 Millionen Mark sanken. Die Verkäufe der ausländischen Markgläubiger, durch das Stillhalteabkommen bedingt, haben diese rückläufige Devisenbewegung natürlich erheblich gefördert. Eine weitere Erschwerung der Lage brachte der Beschluss der Bank von England, den Goldstandard aufzuheben. Die Abwertung des englischen Pfundes und der skandinavischen Währungen um 20 bis 25 Prozent bot für deutsche Schuldner natürlich einen starken Anreiz, ihre Schulden sofort abzudecken und diese Bombenvalutagewinne einzustecken. Schliesslich fiel in diese gespannte Situation auch noch der 1. Oktober, der als Halbjahresultimo erhebliche Devisenansprüche für Zinszahlungen etc. stellte.

Das Einmalige dieser hohen Abzüge scheint die Reichsbank dazu veranlasst zu haben, keine Aufschiebung der Oktoberfreigabe für ausländische Markguthaben zu beantragen. Die Ansprüche hieraus dürften sich auf etwa 60 Millionen Mark stellen. Mit der Fälligkeit dieser Ansprüche werden aber zugleich die verschärften Massnahmen der Reichsbank gegen die Devisensaboteure (Kreditsperre usw.) wirksam werden, wenn auch nicht so schnell, dass in der nächsten Woche bereits ein Devisenüberschuss erzielt werden könnte. Man kann aber damit rechnen, dass der Tiefpunkt in den nächsten zwei Wochen überwunden sein wird.

SPD. Amerika steckt nicht nur in einer Dollarkrise, sondern das reichste Land der Welt hat auch mit starken Exportschwierigkeiten zu tun. Der Reichtum Nordamerikas konnte das Land nicht vor den Rückwirkungen der Weltkrise beschützen.

In den letzten Monaten ist die amerikanische Ausfuhr so stark zurückgegangen, dass der Stand des letzten Vorkriegsjahres erstmalig wieder unterschritten worden ist. Während im Jahre 1913 im Monatsdurchschnitt für 204 Millionen Dollar Waren aus den Vereinigten Staaten ausgeführt wurden, waren es im April 1931 = 210, im Mai 199 und im Juni sogar nur noch 183 Millionen Dollar. Ver-

glichen mit dem schon stark von der Krise beeinflussten zweiten Vierteljahr des Jahres 1930 war der Wert der amerikanischen Ausfuhr im zweiten Vierteljahr 1931 um über 36 % niedriger. Ebenso ist auch die Einfuhr der Vereinigten Staaten stark zusammengeschrumpft, wenn auch hier die Ziffern gegenwärtig noch über den Vorkriegszahlen liegen. Im Jahre 1913 wurden im Monatsdurchschnitt für 148 Millionen Dollar Waren eingeführt, im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres 1931 waren es 180 Millionen Dollar. Auch bei der Einfuhr beträgt die Verminderung gegenüber der gleichen Vorjahrsperiode über 36 %. Der Rückgang des Aussenhandels hat bei den Vereinigten Staaten einen höheren Grad erreicht als bei den meisten übrigen Industrieländern, weil die amerikanischen Waren in der Hauptsache nach einer Reihe überseeischer Märkte gehen, die von der internationalen Rohstoff- und Agrarkrise in besonders umfangreichem Ausmasse betroffen sind.

Bei fast allen wichtigen Warengruppen macht sich der Ausfuhrrückgang in schärfster Weise bemerkbar. Besonders krass ist die Ausfuhrschrumpfung bei Baumwoll- und Eisen- und Stahlerzeugnisse. Der Menge nach ist die Warenausfuhr der Vereinigten Staaten natürlich nicht in gleichem Grade wie dem Werte nach gesunken, da ja gegenwärtig der gesamte Wärenhandel, besonders der Handel mit Rohstoffen und Agrarerzeugnissen, unter einem gewaltigen Preisdruck steht.

Keine Veränderung.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Oktober.)

SPD. Die Lage an der Berliner Produktenbörse zeigte am Sonnabend gegenüber den Vortagen keinerlei Veränderung. Die Bereinigung der politischen Lage konnte sich also noch nicht auswirken. Das Angebot an effektivem Brotgetreide war kaum grösser als bisher, während die Kauflust sich auf die Deckung des laufenden Bedarfes erstreckte. Der wenige prompte Roggen, der zur Verfügung stand, wurde zu unveränderten Preisen von den Mühlen und Händlern gekauft, während Weizen etwas geringere Preise erzielte. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Preise etwas stärker rückläufig, Weizen verlor 1 bis 2, Roggen etwa 2 bis 3 Mark. Im Mehlhandel herrschte weiter sehr kleines Geschäft. Die Forderungen der Mühlen lauten unverändert. Auch für Hafer war die Tendenz still. Die Landwirtschaft und der Konsum hielten sich weiter sehr zurück.

	16.Okt.	17.Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 217	213 - 216
Roggen	187 - 189	187 - 189
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industriegerste	151 - 158	151 - 158
Hafer	140 - 148	140 - 148
Weizenmehl	27,25 - 32,25	27,25 - 32,25
Roggenmehl	26,25 - 28,75	26,25 - 28,75
Weizenkleie	9,90 - 10,10	9,90 - 10,10
Roggenkleie	9,10 - 9,30	9,10 - 9,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 228 - 227 Brief (Vortag 229), Dezember 231-229½ (232). Roggen Oktober 198-197 Brief (199), Dezember 197½-196½ (199½). Hafer Oktober 149-148½ Brief (151½), Dezember 151½ bis 152 Geld (154).

Gewerkschaftliche Rundschau

Nachstossen!

SPD. Die drohende Wolke, die vor Harzburg unheilverkündend am politischen Horizont stand, hat sich wieder verzogen. Dem Donner der Harzburger Reden folgte kein Blitz, der das Kabinett Brüning weggefegt und das "System" - um in der Sprache der Nationalen Opposition zu sprechen - zerschmettert hätte. In dem Augenblick, wo sich die Macht der Gewerkschaften zu einer geschlossenen Abwehrfront gegen die Scharfmacher, Putschisten und Inflationisten zusammenballte, zuckten die Angreifer zurück. Der Grossangriff der Reaktion verlor schnell Elan und Kraft. Ihr Vorstoss gegen die Lebensinteressen der breiten Massen blieb ohne Erfolg.

Damit ist jedoch noch lange nicht die Gefahr gebannt. Ein neuer Angriff gegen die Arbeiterschaft wird kommen. Die Kräfte dazu sollen in einer neuen Hetze gegen die Gewerkschaften gesammelt werden. Die Presse der nationalen Opposition erklärt in ihren Betrachtungen über den Ausgang des Kampfes im Reichstag ganz offen, dass nunmehr draussen im Land von neuem zur Entscheidung gerüstet werde. Die Arbeiterschaft tut daher gut daran, wenn sie rechtzeitig den Helm zum Sturm fester bindet. Sie hat, wie Breitscheid, der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vor den Berliner Parteifunktionären betont hat, keinen Anlass, nun etwa, nachdem die Kraftprobe im Reichstag mit einer Niederlage der Inflationsfront geendet hat, auf Lorbeeren auszuruhen. "Dem schlummernden Wolf glückt selten ein Fang, noch dem schlafenden Manne der Sieg."

Jetzt heisst es, mit verdoppelter und verdreifachter Energie dem Feind, der zunächst den Rückzug antreten musste, nachstossen. Man darf ihm nicht Zeit lassen, nun draussen im Land mit neuer Hetze, mit neuen Lügen, mit neuen Grossprechereien Verwirrung zu stiften und die nationalistische Psychose von neuem anzufachen. Dieser Psychose ist durch die Entlarvung der Inflationsfront Hugenberg-Hitler ein scharfer Stoss versetzt worden. So mancher, der von dieser Psychose bereits angesteckt war, wird jetzt nach der Kraftprobe zwischen Arbeiterschaft und Nationaler Opposition nachdenklich werden. So mancher Arbeiter wird nun endlich doch dahinter kommen, dass ihn die arbeiterfreundlich maskierte nationale Scharfmacherfront mit der Zerstörung aller Errungenschaften der Gewerkschaften zu einem wehrlosen Knecht seines Arbeitgebers machen will. So manchem kleinen Geschäftsmann, so manchem Sparer ist vielleicht ein Licht aufgegangen. Sie haben sicherlich etwas davon gemerkt, dass die grossen Bankrotteure es abermals auf ihre Spargroschen abgesehen haben. Das Misstrauen gegenüber der nationalen Phrase, mit deren Hilfe die Inflationisten und Scharfmacher unter Führung Hitlers ihren grossen Betrug an den Massen verüben wollen, ist im Wachsen. Die Massen sind bestimmt durch das, was sich seit Harzburg auf der politischen Bühne abgespielt hat, hellhöriger geworden.

Nun gilt es, die grosse Chance auszunutzen. Ein machtvoller Aufklärungsfeldzug muss in den Köpfen Klarheit schaffen. Der Kampf um Preussen, der, wenn nicht der Winter unvorhergesehene Ereignisse bringt, die nächste Kraftprobe zwischen Reaktion und Arbeiterschaft sein wird, muss schon jetzt beginnen. Man muss das Eisen schmieden, solange es heiss ist. Jetzt ist die Möglichkeit, die zum Teil von dumpfer Verzweiflung bedrückten oder vom Gekreisch der Nationalsozialisten und Kommunisten verwirrte Bevölkerung aufzurütteln und zu einer nüchternen Betrachtung der Lage zu bewegen. Jeder politisch und

gewerkschaftlich frei organisierte Arbeiter muss jetzt in der Aufklärungsarbeit unter den Arbeitskollegen zum Angriff übergehen. Noch nie standen ihm so wirkungsvolle Argumente hierfür zur Verfügung wie gegenwärtig. Propagandisten der Inflation den Mund zu stopfen, kann nicht fürchterlich schwer sein, wann jetzt die Nazis, die bisher "siegreich Frankreich schlagen" wollten, durch die Macht der Tatsachen schon etwas belehrt gegenüber Frankreich ebenfalls Verständigungspolitik empfehlen, dann kann ein freiorganisierter Arbeiter in der Debatte mit seinen Kollegen schon kräftiger zupacken. Der bisherige Verlauf der politischen Entwicklung hat die Haltung der Sozialdemokratie durchaus gerechtfertigt. Ohne die kühl abwägende Haltung der Partei wäre Deutschland längst in ein politisches und wirtschaftliches Chaos versunken. Das steht heute ganz klar fest, und deshalb hat der sozialdemokratische Arbeiter gar keine Veranlassung, überall, wo über politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Dinge diskutiert wird, mit seiner Meinung zurückzuhalten.

Der Nachstoss gegen den Feind ist auch deswegen notwendig, weil die Regierung nur in dem Mass den Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung tragen wird, als sie hinter diesen Forderungen Willen und Kraft stehen sieht. Brüning erklärte wohl, er halte es für unmöglich, einen Weg zu begehen, der von vornherein eine scharfe, geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft bedeute, aber auf der Linie des Ausgleichs, die der Kanzler sucht, stossen ihn hart die Kräfte, die von beiden Seiten an ihn heranbranden. Da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt. Schon hofft das Unternehmertum zuversichtlich, dass es in der Frage der Einschränkung des Tarifrechts, d.h. im Lohnabbau nicht nur einen Finger gereicht bekommt. Da kann nur der geschlossene Widerstand der Gewerkschaften helfen, und dieser Widerstand wird umso wirkungsvoller sein, je einmütiger nicht nur die organisierten, sondern die gesamten Arbeitermassen hinter den Gewerkschaften stehen. Grosse Lohnbewegungen stehen vor der Tür. Hunderttausende von Arbeitern in der Metallindustrie, Hunderttausende in der Textilindustrie sind von den Tarifkündigungen betroffen. Die Lohnverhandlungen für die Reichsbahn und für die Reichspost beginnen in Kürze. Der erste November bringt, wie kaum je zuvor, in Rheinland und Westfalen eine Massenkündigung von Tarifen, und bekanntlich ist der Westen stets für die Schlichtung in Deutschland richtunggebend gewesen. Die Löhne der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, die Gehaltstarife der Angestellten und die Arbeitszeit in der Metallindustrie werden eine Kündigung erfahren, da fast alle Tarife zum 30.November befristet sind. Und wie in der Lohnfrage, so drängen auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Unternehmer zu neuen Abbaumassnahmen.

Die Stunde ist also wahrhaftig von unverkennbarem Ernst. Die Arbeiterschaft muss deshalb ganz klar sehen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist. Und wer ihr Freund ist, der muss sich auch der grossen Abwehrfront der Gewerkschaften gegen die Front der Inflationisten, Putschisten und Scharfmacher ausschliessen. Jetzt heisst die Losung: nicht räsonieren, sondern in Reih und Glied marschieren!

Arbeiter, seid auf der Hut! Rüstet! Der Feind schläft nicht.

SPD. Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn beginnen am kommenden Montag, die bei der Reichspost am Sonnabend, den 24.Oktober. Man hat mit der Festsetzung dieser Termine gewartet, bis die Kabinettskrise vorüber und die politische Situation geklärt war.

Die Lohnordnung für den Ruhrbergbau (Schiedsspruch vom 29.September) ist vom Zechenverband zum 30.November gekündigt worden. Der Zechenverband hat es sehr eilig mit der Kündigung.

SPD. Die beiden Hauptforderungen, die die Unternehmerpresse bei der Skizzierung der nächsten politischen Aufgaben an das neue Kabinett Brüning richtet, sind: elastischere Gestaltung des Tarifrechts und Umbau der Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenfürsorge. Zur Tarifrechtsfrage ist im Augenblick wenig Neues zu sagen, da ja soeben erst die Gewerkschaften gegen jeden Einbruch in das Tarifrecht Frontstellung genommen haben und der Reichstag sich in seiner Mehrheit auf die Seite der Gewerkschaften gestellt hat, indem er alle Pläne auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts und insbesondere die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts aufs schärfste zurückwies.

Gegenüber der Forderung, die Arbeitslosenunterstützung aus Sparsamkeitsgründen allgemein in eine Arbeitslosenfürsorge zu verwandeln, muss man zunächst an die Unternehmer die Frage richten, wie sie sich denn eigentlich diese Reform denken. Sollen trotz Beseitigung des Unterstützungsanspruchs etwa nach wie vor von den Arbeitern die hohen Beiträge gezahlt werden? Allem Anschein nach versprechen sich die Unternehmer von der Schaffung einer Fürsorge Riesenersparnisse. Sie vergessen, dass heute der Unterschied zwischen der Unterstützung in der Versicherung und in der Wohlfahrt nicht mehr so gross ist, dass durch die Schaffung einer Fürsorge nennenswerte Ersparnisse zu machen wären. Mit der Bedürftigkeitsprüfung ist ebenfalls nichts herauszuholen, weil ja alle Arbeitslosen bedürftig sind.

Wenn die Unternehmerpresse im übrigen fordert, dass die Beratungen im Wirtschaftsbeirat wie im deutsch-französischen Ausschuss sowie die Verhandlungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik von der Regierung so weit wie möglich der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden und nicht in Dunkelkammern vor sich gehen, so hat sie in diesem Punkt die Gewerkschaften ganz auf ihrer Seite.

SPD. Der polnische Arbeitsminister will, um eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit zu ermöglichen, keine neuen Ermächtigungen zur Verlängerung der Arbeitszeit mehr erteilen. Infolge dieser Haltung des Ministers sind bereits Massnahmen ergriffen worden, um in verschiedenen Betrieben den sechsstündigen Arbeitstag mit vier Schichten einzuführen, vor allem in der Grosseisenindustrie.

In Deutschland lässt die Verkürzung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie immer noch auf sich warten. Vielleicht rafft sich der Arbeitsminister im Anschluss an die vom Deutschen Metallarbeiterverband gegenüber den Metallindustriellen erhobenen Forderung auf Einführung der Vierzigstundenwoche nun in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu einer Tat auf.

SPD. Für die Hagener Metallindustrie dürfte in den nächsten Tagen eine Entscheidung in der Lohnfrage fallen. Die Industrie fordert 15 Prozent Lohnabbau. Der Spruch für Hagen wird eine Art Schlüsselschiedsspruch für die Metallindustrie darstellen.

SPD. Die Lage der deutschen Sozialversicherung ist im zweiten Vierteljahr 1931, wie zu erwarten war, nicht besser geworden. Fast überall sind Fehlbeträge entstanden. Der Ueberschuss der Angestelltenversicherung hat sich weiter vermindert. Nur die Arbeitslosenversicherung konnte infolge der Aussteuerung eine vorübergehende Besserung verzeichnen.